

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel. -Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz un-
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugs-
nehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Mosses's Zellenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Kusschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Rittschbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 206

Mittwoch, den 4. September 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Reichspräsident von Hindenburg, der seinen Aufenthalt in Dietramszell infolge des Ablebens seiner Schwester vorzeitig abgebrochen hat, ist Dienstag abend in der Reichshauptstadt eingetroffen.
Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Dienstag in der Nähe von Juwanowo-Bosnessen ein Personenzug entgleist. Dabei wurden drei Wagen vollkommen zertrümmert und zehn Wagen stark beschädigt. Bis jetzt sind vier Tote und sieben Schwerverletzte geborgen.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (30 Grad im Schatten.) Auch gestern überschritten die Höchsttemperaturen in Sachsen 30 Grad. Von Norden her macht sich das Eindringen kühlerer Luft in Sachsen bemerkbar. Heute morgen verzeichnete Dresden bei heiterem Himmel 18 Grad. Es ist jedoch auch weiter mit Fortbestand der heiteren, sehr warmen Witterung zu rechnen.

Pulsnitz. (75. Geburtstag.) Unsere Mitbürgerin, Frau Pauline verw. Dubnick geb. Ziegert, feiert am 9. September ihren 75. Geburtstag. Sie befindet sich in Leipzig zur Verkaufsmesse, wo sie seit 50 Jahren den Verkaufstand der heimischen Lebtuchfabrik von Gottlieb Dubnick betreut. Wir beglückwünschen Frau Dubnick aufs herzlichste und freuen uns, daß sie noch rüstig genug ist, ihre Lebensaufgabe zu erfüllen. Möge ihr noch recht lange die Wiederkehr ihres Geburtstages in geistiger und körperlicher Frische beschieden sein.

(Flaggen heraus) Der Herr Ministerpräsident hat angeordnet, daß die staatlichen Gebäude am Tage der Rückkehr des „Graf Zeppelin“ nach Friedrichshafen zu beslaggen sind.

(Sonnenbäder) gewinnen mit jedem Jahre neue Anhänger. Immer mehr kommt die Menschheit dahinter, daß der Körper gleich der Pflanze in reichem Maße Luft und Licht zu einem gesunden Gedeihen benötigt. Weitaus jede Stadt hat bereits eine unter ärztlicher Aufsicht stehende Sonnenbaderanlage. Doch auch ohne diese gibt es Gelegenheit genug, den entleerten Körper den Einwirkungen der Sonnenbestrahlung auszuweihen. Jedes flache Dach, jedes nicht zu eng von Säulen umschlossene Gärtchen ist dazu geeignet. Sonnenbäder unterstützen in hohem Grade den für den Körper in so hohem Grade notwendigen Stoffwechsel, töten bakterielle Schädlinge und zeigen noch manche andere günstige Einwirkung. Eine ganze Anzahl Krankheiten lassen sich mittels intensiver Sonnenbestrahlung heilen, in erster Linie verschiedene Hautkrankheiten und Krankheiten der unmittelbar unter der Haut liegenden Gewebe. Nur beschatte man beim Sonnenbade den Kopf, vor allem das empfindliche Auge und tu nicht des Guten gleich zuviel!

(Schnitzzeit für Rebhühner.) Nach einer Bekanntmachung der Abteilung für Landwirtschaft des Wirtschaftsministeriums darf der Abschluß von Rebhühnern nicht erst vom 1. Oktober, sondern bereits vom 16. September d. J. an erfolgen, da die Witterungsverhältnisse der letzten Wochen sowohl hinsichtlich der Entwicklung der diesjährigen Gelege der Rebhühner als auch hinsichtlich des Zustandes der Fluren Verhältnisse gezeitigt haben, die bei Erlaß der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Schon- und Hegemaßnahmen für die Zeit vom 1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930 nicht vorausgesehen werden konnten.

(Aus den sächsischen Gesetzblättern.) Das Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung Nr. 16 vom 2. September enthält folgende Bekanntmachungen: Erlaubnis zum Bezug von giftigen Pflanzenschutzmitteln; Genehmigung zur Aufnahme von Darlehen aus dem Wohnungsbauhaushalt; Anerkennung von Abschlußprüfungen für Versorgungsamtwärter; Ortsunterkunft von Weeresangehörigen; Vergünstigungssteuer bei Flugveranstaltungen; Kraftfahrzeuge aus dem Saargebiet; Mitteilung in Fürsorgeerziehungsangelegenheiten; Preisverzeichnis für Frischfleisch usw. im Kleinhandel; Führung der Handwerksrollen; Verkehrsunfälle infolge Trunkenheit.

(Verbesserung des Landpostwesens.) Wie die Oberpostdirektion Dresden mitteilt, werden bei den Postämtern Freital, Radeberg und Dresden-Weißer Hirsch Leispostämter mit zusammen 5 Landkraftposten und 45 Poststellen neu eingerichtet.

Die Vorbereitungen der Räumung

Um die Arbeitslosenversicherung — Zum Bericht über die Dienstag-Kabinettsitzung

Brüssel. Das belgische Kriegsministerium beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage der Zurückziehung der Besatzungstruppen. Der Stab des Divisionskommandos, der sich zur Zeit im Rheinland befindet, wird nach Namur verlegt. Gleichzeitig trifft die belgische Eisenbahn Maßnahmen für die Rückleitung der englischen Truppen. Die Fußtruppen sollen über Ostende—Dover abtransportiert werden, während die berittenen Truppen in Antwerpen nach Harwich verladen werden. Die Bewegungen beginnen am 14. September.

Um den künftigen Sitz der Rheinlandkommission.

bleiben England und Belgien in der Kommission?

Die Verhandlungen der Befehlsmächte untereinander und die Verhandlungen der Kommissionen im Rheinland über den Abtransport der Truppen sind, soweit die technischen Probleme in Betracht kommen, erledigt. Die belgischen Truppen werden Mitte September mit dem Abmarsch beginnen und etwa Ende November bis Mitte Dezember aus dem besetzten Gebiet verschwinden sein. Der Abtransport der englischen Truppen wird in der gleichen Zeit erfolgen. Unklar ist aber noch die Frage, ob nach dem Abzug der Truppen aus der zweiten Zone sich die englische und die belgische Regierung noch weiter an der Rheinlandkommission beteiligen.

Die Rheinlandkommission, die sich jetzt in Koblenz im Gebiet der zweiten Zone befindet, wird voraussichtlich nach Wiesbaden verlegt werden. An sich wird Wiesbaden von den englischen Truppen geräumt.

Die Verlegung der Rheinlandkommission nach Wiesbaden würde aber praktisch eine Wiederbesetzung der Stadt bedeuten, denn mit der Rheinlandkommission werden auch Truppen für den Nachdienst nach Wiesbaden gelegt. Es wird sich dabei um französische Truppenteile handeln, um ein Militärlazarett und um ein Offizierskasino handeln. In Wiesbaden ist bereits eine lebhafte Protestbewegung gegen diesen Plan der Befehlsmächte im Gange. Auch die englische Presse hat dagegen Stellung genommen, daß Wiesbaden praktisch von neuem durch die Franzosen besetzt wird. Der Einwand, daß die Rheinlandkommission statt nach Wiesbaden nach Mainz verlegt werden könne, wird von französischer Seite damit zurückgewiesen, daß der östliche Teil der dritten Zone vor dem westlichen Teil geräumt werden müsse und daß die Rheinlandkommission bis zum Schluß im besetzten Gebiet bleiben müsse.

Und Rehl?

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß die Haager Konferenz zwei sehr ernste Angelegenheiten übersehen habe. Es sei vergessen worden, der Rheinlandkommission einen neuen Sitz für die Zeit nach der Räumung der zweiten Zone anzuweisen, ferner, daß der Brückenkopf von Rehl gleichfalls zusammen mit der dritten Zone von den Alliierten zu räumen sei.

Was wird aus dem Saarland?

Gefährliche französische Saarpäne.

Genf. Die Saarfrage wird gelegentlich der Anwesenheit Dr. Stresemanns und Briands in Genf zwischen den Delegationen erörtert werden. Auf französischer Seite bereitet man sich auf diese Besprechungen schon vor, indem man eine Anzahl Sachverständiger um ihre Ansicht hinsichtlich einer wirtschaftlichen Vereinbarung über das Saargebiet befragt. Zu diesen Sachverständigen gehören auch einige namhafte französische Wirtschaftler, ferner Interessenten aus dem Saargebiet und die Sachverständigen des französischen Auswärtigen Amtes.

Bei den meisten Besprechungen ist das französische Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets anwesend. Zu diesen Beratungen sollen auch gewisse Mitglieder der französischen Saarpromagandaorganisation, der „Association de la Sarre“, die in letzter Zeit so viel von sich reden gemacht hat, hinzugezogen werden. Es ist daran gedacht, auf Grund der Ergebnisse dieser Besprechungen mit der deutschen Delegation zusammen

die Grundlage der diplomatischen Verhandlungen festzulegen,

die im Haag vereinbart wurden. Während die deutsche For-

derung dahin geht, daß das Saargebiet wieder vollständig unter die Souveränität des Reiches zurückkehrt und für die Uebergangszeit lediglich ein wirtschaftliches Zwischenregime geschaffen werden soll, bestehen auf französischer Seite Pläne, das wirtschaftliche Uebergangsregime möglichst dem jetzt bestehenden und in Versailles geschaffenen Saarstatut anzupassen.

Um die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 4. September. Der zuständige Ausschuss des Reichsrates beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der Regierungsvorlage über die Reform der Arbeitslosenversicherung. Wie Berliner Blätter melden, wurde ein Antrag der bayerischen Regierung, der dem Sinne nach dem ursprünglichen Antrag Reijners im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages entspricht, mit großer Mehrheit angenommen. Die für Mittwoch vorgezogene Vollziehung des Reichsrates wurde auf Donnerstag oder Freitag vertagt.

Unter Bezugnahme auf die am heutigen Mittwoch stattfindende interfraktionelle Besprechung über die Arbeitslosenversicherung stellt die „D. A. Z.“ fest, daß in maßgebenden Kreisen der Volkspartei die Absicht bestehe, unbedingt an der Ablehnung der Beitragserhöhung festzuhalten. Der „Vorwärts“ versichert, daß sich an der Stellung der Sozialdemokratie nicht das geringste geändert habe. Nach der „B. o. s. Ztg.“ haben Dr. Stresemann und Dr. Curtius am Dienstag mit führenden Persönlichkeiten der Volkspartei und die sozialdemokratischen Minister mit Vertretern ihrer Partei Besprechungen gehabt, die neben den Reparationsfragen der innerpolitischen Lage geglückt hätten.

Zum Bericht über die Dienstag-Kabinettsitzung

Berlin, 4. September. In einer Stellungnahme zu dem amtlichen Bericht über die Kabinettsitzung am Dienstag stellt die „D. A. Z.“ fest, daß der Bericht von einer festeren Selbstzufriedenheit diktiert sei. Das Blatt stellt die Frage, ob das Kabinett in dem Haager Ergebnis wirklich nur eitel Sonne sehe oder überhaupt nur die Rückwirkungen auf die Innenpolitik. Es sei unnötig, der Opposition ein derartig positives Bekenntnis entgegenzusetzen, ehe die Einzelheiten des endgültigen Tributplanes überhaupt feststünden. Selbst die Parteipresse der Linken habe doch im außenpolitischen Interesse auf die Schwere der Lasten hingewiesen, die der verschlechterte Youngplan Deutschland auferlege, die Regierung verliere darüber kein Wort.

Der englische Premierminister über das Abrüstungsproblem.

Genf. Der englische Premierminister gab vor der internationalen Presse längere Erklärungen, deren Hauptinhalt das Abrüstungsproblem und die Fakultativklausel des Haager Statuts betrafen. Mehr und mehr sehe sich, so erklärte der Minister, die Ueberzeugung durch, daß besser als durch Millionenausgaben für Rüstungszwecke die Sicherheit sich durch ehrliche Verständigung unter den Völkern herbeiführen und festigen lasse. Verheißungsvolle Schritte für die Verwirklichung dieser Ueberzeugung seien überall vorhanden. Insbesondere trage der Kellogg-Pakt dazu bei, und die englische Regierung wolle daran mitarbeiten, ein solides Fundament für den Kellogg-Pakt zu errichten und damit die internationale Friedensmaschine zu vervollständigen. — Macdonald kam dann auf seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter in London, Dawes, zu sprechen, von denen er glaubt, daß sie zur Hoffnung auf eine Verständigung berechtigen. Man dürfe aber nicht annehmen, daß bei diesen Verhandlungen das Abrüstungsproblem behandelt werde. Der Ausgang dieser Besprechungen solle vielmehr das gesamte Abrüstungsproblem fördern.

Macdonald hofft, daß er bald eine Reise nach den Vereinigten Staaten antreten kann; unmöglich aber wäre es ihm, diese Reise vor der nächsten Session des Unterhauses vorzunehmen.

